

## Buchbesprechungen

sollen Mobilitätshemmnisse beseitigt, aber auch künstliche Mobilitätsanreize vermieden werden.

Britta Matthes

**Manfred Hermanns, Jugendarbeitslosigkeit seit der Weimarer Republik. Ein sozialgeschichtlicher und soziologischer Vergleich, Leske & Budrich, Opladen 1990, 162 S.**

In einer Zeit, da die Arbeitslosenquoten Rekordwerte erreichen, steigt auch das Interesse an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die sich mit diesem Thema befassen. Der Autor will den zahlreichen empirischen Untersuchungen zu diesem Thema keine weitere hinzufügen; ihm geht es um die Durchdringung der Gesamtproblematik, um eine Zusammenschau und Gesamtwürdigung aller bisherigen Primärergebnisse der Soziologie über Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf junge Menschen sowie Veränderungen und Gemeinsamkeiten in der Erfahrung von jugendlichen Arbeitslosen in den letzten siebenzig bis achtzig Jahren.

Im krassen Gegensatz zu dieser anspruchsvollen Aufgabenstellung steht nun das Buch selbst. Schon die ersten Kapitel, in denen geschichtliche Epochen hoher Arbeitslosigkeit

vorgestellt werden, leiden unter der allzu verknüpften Darstellung, einer Überhäufung mit Zahlen und fehlenden Begriffsbestimmungen, die es dem Leser unmöglich machen, z.B. Leistungsansprüche zu rekonstruieren. Erst in dem Kapitel, das dem Zeitraum seit 1974 gewidmet ist (S. 22ff.), findet man eine klare Definition zur Jugendarbeitslosigkeit. Die jüngere Vergangenheit wurde vom Autor deutlich besser verarbeitet, in diesem Kapitel findet man Tabellen und internationale Vergleiche mit z.T. interessanten Fakten.

Die Hauptkritik betrifft inhaltliche Aspekte. Es kommt immer wieder vor, daß der Autor Behauptungen aufstellt, die er nicht begründet oder die im Widerspruch zu seinen eigenen Aussagen an anderer Stelle stehen. Am deutlichsten wird dieser Mangel im Kapitel „Politische Wirkungen“. Hier werden politische Aussagen getroffen, die in solcher Form in einer wissenschaftlichen Studie nichts zu suchen haben. Ein Beispiel sei genannt: Im Abschnitt „Jugendarbeitslosigkeit – eine Gefahr für die Demokratie?“ (S. 120ff.) geht es um die Frage, ob bei demselben Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise wie in der Weimarer Republik Hitler heute eine Chance hätte, an die Macht zu gelangen. Die Fixierung der Medien auf nationalsozialistische und faschistische Tendenzen könnte nach Meinung des Autors den Blick für andere Gefah-

## Buchbesprechungen

ren – wie antidemokratische und antimarktwirtschaftliche Affekte – trüben. *Hermanns* schließt mit einem Zitat von Allerbeck: „Von zunehmenden Tendenzen zum Neonazismus unter Jugendlichen kann überhaupt nicht die Rede sein“ (S. 135). Mit einem einzigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Satz aus dem Jahre 1984 wird ein Autor wie Allerbeck vereinnahmt, der sich durchaus differenzierter mit dem Thema auseinandergesetzt hat als hier suggeriert wird. Auch hätte man erwarten können, daß in einer „stark erweiterte(n) und neugefaßte(n)“ Ausgabe einer Studie von 1983 aktuellere Entwicklungen berücksichtigt worden wären.<sup>1</sup>

Ungewöhnlich viel Raum verwendet der Verfasser für das Kapitel „Jugendarbeitslosigkeit und die grün-alternative Bewegung“. Wieder wird der Leser mit Behauptungen konfrontiert, für die sachliche Argumente oder gar empirische Belege fehlen: so hätten „Die Grünen“ den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde ohne die durch die Arbeitslosigkeit verursachten Stimmen nicht geschafft, oder seit 1983 hätte die Bereitschaft unter den Arbeitslosen stark zugenommen, extreme Parteien zu wählen, mit einem deutlichen Vorsprung der links-extremen Parteien (S. 124ff.). Dieses Kapitel mündet in einen Vergleich der rechtsextremen Bewegung in der Weimarer Republik und der „neuen alternativen bis linksextremen Be-

wegung“. Es erscheint an dieser Stelle des Buches nicht mehr verwunderlich, daß *Hermanns* eine Fülle von Gemeinsamkeiten findet: „Versuchung zur Selbsterstörung der Demokratie durch Nichtanerkennung ihrer Gesetze“, das „Ausmaß der irrationalen Sehnsüchte“ oder der „anti-industrielle und antizivilisatorische Affekt“ (S. 129). Im Schlußwort warnt der Autor noch einmal unmißverständlich vor den Gefahren, die der Demokratie von Seiten der alternativen Bewegung drohen.

Kurzum: Es handelt sich hier um politische Polemik unter dem Deckmantel einer seriösen Studie.

Diane Wogawa

1 Zumal K. Allerbeck selbst in aktuellen Veröffentlichungen deutlich macht, für wie brisant er das Thema Rechtsextremismus hält: „Die Bedeutung des Themas steht außer Zweifel. Die heutigen Rechtsextremisten sind ja überwiegend keine ‚unverbesserlichen‘ alten Nazis, wie dies zur Zeit der NPD scheinen mochte, und Hoffnungen auf eine demographische Lösung des Problems Rechtsextremismus in Deutschland haben getragen. Es gibt eine nennenswerte Zahl von Jugendlichen in einer gewalthereiten rechtsextremen Szene.“ Vgl. seine Rezension zu: W. Heitmeyer, Bielefelder Rechtsextremismusstudie, in: *Soziologische Revue* 1 (1994), S. 76.